

NACHRICHTEN

Brcko soll neutraler Distrikt werden

SARAJEVO: Die strategisch wichtige Stadt Brcko im Nordosten Bosniens soll am Mittwoch offiziell zum neutralen Bezirk erklärt werden. Das teilte das Büro des internationalen Bosnien-Beauftragten, Wolfgang Petritsch, am Dienstag in Sarajevo mit. Eigentlich hätten die Stadt und ihre Umgehung schon am 28. Februar der Republik Bosnien-Herzegowina übergeben werden sollen. Wegen zu zahlreicher Kandidaturen für die neue Übergangsregierung war die Zeremonie aber verschoben worden. US-Aussenministerin Madeleine Albright sollte während ihres zweitägigen Bosnien-Besuches an der Übergabe teilnehmen. Brcko soll künftig von Vertretern aller ethnischen Gruppen – Serben, Muslimen und Kroaten – gemeinsam verwaltet werden. Die bosnischen Serben hatten das Gebiet im Bosnienkrieg (1992–95) erobert. Seit 1997 steht Brcko unter internationaler Kontrolle. Vor einem Jahr entzog ein internationales Schiedsgericht unter der Leitung des US-Juristen Roberts Owen den bosnischen Serben die Oberhoheit über die Stadt. Der schmale Brcko-Korridor bildet die einzige Verbindung zwischen dem nördlichen und dem östlichen Teil der Serbischen Republik in Bosnien.

Neue Unruhen erschüttern Mitrovica

KOSOVSKA MITROVICA: Bei einer neuen Explosion der Gewalt zwischen Serben und Albanern in der Kosovo-Stadt Mitrovica sind am Dienstag zahlreiche Menschen verletzt worden. Darunter seien 17 französische KFOR-Friedensschützer, teilte die Friedensstruppe mit. Bei den Schiessereien und Angriffen mit Handgranaten seien ferner 20 Serben und fünf Albaner verletzt worden. Die Friedensstruppe hatte ihre Einheiten in der Stadt zuvor verstärkt, um neue Unruhen zu verhindern. Die KFOR in der Mitrovica erklärte, vier mutmassliche Schützen seien in einem Haus festgenommen worden. Sie vermied aber Schuldzuweisungen. Die Soldaten seien von Granatsplittern verletzt worden, als sie die gewalttätigen Zusammenstöße beenden wollten.

Ständerat für Cannabis-Legalisierung



BERN: Der Ständerat ist für eine Freigabe von Cannabis. Er hat am Dienstag zwei Ständesinitiativen von Zürich und Baselland Folge gegeben. Nicht in Frage kommt für ihn eine Legalisierung des Konsums «harter» Drogen. In ihren Ständesinitiativen hatten die Kantone Zürich und Basel-Landschaft gefordert, Cannabis sei aus dem Betäubungsmittelgesetz zu streichen. Der Zürcher Vorstoss will den Handel einem Staatsmonopol unterstellen, Basel-Landschaft einer staatlichen Kontrolle. Beide fordern flankierende Jugendschutzmassnahmen. Der Rat folgte dem Antrag der Kommission und gab der Initiative Baselland mit 26 zu 12 Stimmen, dem Vorstoss aus Zürich mit 20 zu 19 Stimmen Folge.

Proteste gegen Besuch von Ferrero-Waldner

BERN: Die österreichische Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner wird heute von Aussenminister Joseph Deiss im «Lohn», dem Landsitz des Bundesrats in Kehrsatz bei Bern, empfangen. Der Arbeitsbesuch ist bereits im Vorfeld auf Protest gestossen. Beim eintägigen Besuch stehen Gespräche über Österreichs Situation nach dem Regierungswechsel, die bilateralen Beziehungen der beiden Staaten sowie ein Erfahrungsaustausch über den OSZE-Vorsitz auf der Traktandenliste. Die Gespräche zwischen Deiss und Ferrero-Waldner finden am Vormittag statt. Danach steht eine Begegnung mit Parlamentsabgeordneten auf dem Programm. Der Antrittsbesuch der österreichischen Aussenministerin ist in der Schweiz umstritten. Verschiedene Organisationen wollen die ÖVP-Politikerin mit Protestdemonstrationen empfangen.

Kämpfe gehen weiter

Erfolgsmeldungen der russischen Truppen und der Rebellen-Einheiten

MOSKAU: Auch nach tagelangen schweren Kämpfen im bergigen Süden Tschetscheniens haben russische Truppen bis Dienstag nicht den erhofften Erfolg gegen die eingekesselten Rebellen-Einheiten erzielt.

Allein nahe des Ortes Komsomolskoje kämpften noch mindestens 1000 Rebellen, sagte Verteidigungsminister Igor Sergejew. Die Lage sei nach dreitägigen Gefechten «weiterhin nicht einfach», wurde der Minister von der Nachrichtenagentur Itar-Tass zitiert.

Der Chef des Generalstabs, Anatoli Kwaschnin, ist in den Kaukasus gereist und erörterte die Kriegsführung im Süden der Republik mit dem Truppenkommando im Hauptquartier nahe der tschetschenischen Hauptstadt Grosny.

Trotz eines Dementis des Oberkommandierenden der Luftlandtruppen, General Georgi Schpak, wurde erneut von hohen Verlusten auf russischer Seite berichtet. Allein in der Nacht zum Mittwoch vergangener Woche seien in einem Kampf 86 Fallschirmjäger gefallen, meldete die Militärnachrichtenagentur AVN.

In die Zange genommen

Umgekehrt meldete auch die russische Seite Erfolge. Die Rebellen versuchten, vor allem in kleineren



Ein russischer Soldat kontrolliert die Dokumente einer Frau in Grosny.

(Bild: Keystone)

Gruppen aus den Gebirgsregionen in die Ebenen Tschetscheniens auszubringen, sagte Sergejew. Sie würden jedoch von russischen Einheiten «in die Zange» genommen. Auch bei dem Ort Urus-Kert im Argun-Flusstal gebe es heftige Gefechte mit etwa 800 Rebellen. Dort seien in den vergangenen Tagen bis zu 800 Rebellen getötet worden.

In den letzten Tagen sind erneut

1400 Zivilisten vor den schweren Kämpfen in die Nachbarrepublik Inguschetien geflüchtet, gab ein Sprecher des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) am Dienstag in Genf bekannt. Die massiven Zerstörungen sowie Berichte von Haft und Vergewaltigung hielten die Mehrheit der Flüchtlinge in Inguschetien davon ab, in ihre Heimat zurückzukehren. Lediglich rund 100

Personen kehrten pro Tag nach Tschetschenien zurück.

Europarat-Delegation

Eine Parlamentarier-Delegation des Europarates reist am Donnerstag zu Gesprächen über Tschetschenien nach Moskau und anschliessend in die Kaukasus-Republik. Sie will sich über den Schutz der Menschenrechte informieren.

George Bush und Al Gore als Favoriten

Präsidentenwahlen USA: Wichtige Vorentscheidungen gefallen

WASHINGTON: In sechzehn Bundesstaaten der USA können die Wählerinnen und Wähler seit Dienstagmorgen (Ortszeit) über die Präsidentschaftskandidaten der beiden grossen Parteien abstimmen.

Dabei werden wichtige Vorentscheidungen im Kampf um die

Nachfolge von Präsident Bill Clinton erwartet. Die Spitzenreiter George Bush bei den Republikanern und Al Gore bei den Demokraten rechnen bei Vorwahlen und Abstimmungen in insgesamt 16 Bundesstaaten mit klaren Voten für ihre Nominierung für die Präsidentschaftswahl im November.

Spannend ist vor allem die Frage,

ob der Aussenseiter John McCain genügend Stimmen mobilisieren kann, um im Rennen um die Kandidatur der Republikaner zu bleiben. Gores Mitbewerber Bill Bradley werden dagegen keine Chancen mehr gegeben.

Er lag überall weit zurück. Der frühere Senator und Basketballstar dürfte nun aus der Kampagne aus-

scheiden und dem Vizepräsidenten die Nominierung der Demokraten überlassen. Die meisten Umfragen zeigten bei den Republikanern einen deutlichen Vorsprung des texanischen Gouverneurs George Bush in den wichtigen Bundesstaaten. Interessant ist es vor allem in New York, wo Bush und McCain in Umfragen nahe beieinander lagen.

Arafat will eigenen Staat

Naher Osten: Fortsetzung der Anschläge im Südlibanon

RAMALLAH: Zu Beginn einer neuen Nahost-Vermittlungsrunde des US-Gesandten Dennis Ross erscheinen die Fronten zwischen Israel und Palästinensern am Dienstag weiterhin verhärtet.

Palästinenser-Präsident Jassir Arafat beharrt auf der Gründung eines Palästinenserstaates noch in diesem Jahr. Vor dem Palästinenserat sagte Arafat am Dienstag, die Entscheidung, einen eigenen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt auszurufen, sei unwiderruflich: «Das Jahr 2000 ist das Jahr des unabhängigen palästinensischen Staates.»

Uri Savir, ein Mitglied aus Baraks Regierungskoalition und einer der Architekten des Osloer Friedensabkommens von 1993, warnte Arafat. Eine solche einseitige Erklärung würde das Ende des Osloer Abkommens und die Gründung eines Staates inmitten eines Konfliktes mit Israel bedeuten, sagte Savir.

Neuer Zeitplan

Nahost-Vermittler Ross ist am Dienstagabend in der Region eingetroffen und will noch in dieser Woche versuchen, den Friedensdialog wieder in Gang zu bringen. Diplomaten dämpften aber Erwartungen, Ross könne einen Durchbruch erzielen. Israelische Medien berichte-



Die Ausschreitungen gehen weiter: Israelische Sicherheitskräfte überwachen eine Demonstration von Palästinensern.

(Bild: Keystone)

ten am Dienstag, die USA und Ägypten hätten einen neuen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet, um die unterbrochenen Gespräche wieder flott zu machen. Der Vorschlag enthalte einen neuen Verhandlungs-Zeitplan.

Demnach sollten beide Seiten im Mai ein vorläufiges Rahmenabkommen unterzeichnen. Direkt im Anschluss daran würde Israel gemäss dem Vorschlag einen letzten Abzugsschritt aus weiteren Teilen des besetzten Westjordanlandes

umsetzen. Danach sollen die Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensregelung beginnen.

Bedeutsame Differenzen

Israels Ministerpräsident Ehud Barak nannte die Differenzen mit den Palästinensern bedeutsam, aber nicht unüberbrückbar. Gleichzeitig hatte er am Montagabend aber Erwartungen auf eine rasche Einigung mit Damaskus im Streit um die Räumung der besetzten Golan-Höhen abgeschwächt.

Blair-Gegner im Wahlkampf

LONDON: Der als Linksabweichler der britischen Labourpartei geltende Ken Livingstone hat am Dienstag seinen Wahlkampf um den Bürgermeisterposten von London eröffnet. Bereits vorher wurde er vorläufig seiner Parteimitgliedschaft enthoben. Einen Tag nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur als unabhängiger Bewerber appellierte Livingstone, der als Gegner von Premierminister Tony Blair gilt, an die Londoner Bevölkerung, ihn nicht im Stich zu lassen. Er benötige 500 000 Pfund (rund 1,3 Millionen Franken) für seinen Wahlkampf, um gegen die Kandidaten der grossen Parteien bestehen zu können. Blair hatte am Montag eine allfällige Wahl des «roten Ken» am 4. Mai zum Bürgermeister Londons als Katastrophe bezeichnet. Die offizielle Labour-Partei wirft Livingstone vor, gegen das Unternehmertum eingestellt zu sein, eine zu laxen Haltung bei der Bekämpfung der Kriminalität zu haben und von linksextremen Trotzkisten, einer radikalen Strömung der Arbeiterbewegung, unterstützt zu werden. In einer nach der Bekanntgabe der Kandidatur erhobenen Meinungsumfrage liegt Livingstone mit 68 Prozent Zustimmung deutlich vor seinen Mitbewerbern.